

Verbohrte Menschen

Frankfurt: „Stadt geht gegen Mahnwachen vor“, FR-Regional v. 25.1.

Die personelle Besetzung des VG Frankfurt gibt dem Grundrecht der Meinungsfreiheit die Möglichkeit und eine Rechtfertigung, Frauen in einer schweren persönlichen Krise mit Beratungsbedarf zu diskriminieren und u.U. sogar als „Mörderinnen“ zu beleidigen. Dies ist strafrechtlich relevant und entsprechend zu verfolgen. Hier hilft nur massiver Protest, um das Treiben dieser verbohrten Menschen zu neutralisieren. Wenn sie demonstrieren, sollten sie vertrieben werden. Sie können eine solche Meinung haben. Hier geht es um die Bekanntgabe in der Öffentlichkeit. Abwarten, es gibt noch kein rechtskräftiges Urteil.
Uwe Thoms, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

Wie im Ahrtal

Zu: „Sorge vor Hochwasser“, FR-Regional vom 31. Januar

Ich habe mir die Starkregengefahrenkarte Frankfurt angesehen. Dazu habe ich Anmerkungen. Die Halbinsel bei der Mündung der Nidda in den Main „Wörthspitze“ habe ich schon zu 90 Prozent überflutet gesehen. Der höchste Punkt der Grünfläche schaute zwar noch heraus, war aber nicht mehr zugänglich. Bei diesem Hochwasser waren unter der Brücke der A66 über die Nidda in Hausen gerade mal noch rund 60 Zentimeter Platz zwischen Wasserstand und Brückenunterseite. Wäre der Niederschlag im Ahrtal nur 150 Kilometer östlich gefallen, in der Wetterau, hätten diese Wassermassen nicht unter der Brücke durchgepasst, die Nidda wäre aufgestaut worden. In Hausen hätte es ausgesehen wie im Ahrtal. Von diesen Möglichkeiten ist in der Starkregenkarte nichts zu sehen.
Volker Schön, Frankfurt

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220214

Skandalöse Zustände in der Verwaltung

Zu: „Frust in den Bürgerämtern“, FR-Regional vom 7. Februar

Ausgerechnet in der gegenwärtigen Notlage

Endlich widmet sich die Frankfurter Rundschau mal den skandalösen Zuständen in den Bürgerämtern unserer Stadtverwaltung!

Dass das Bürgeramt in Nieder-Eschbach wegen Umbaus geschlossen ist, ist ja an und für sich nicht zu beanstanden. Aber in den ganzen Wochen seit der Schließung sieht man nicht, dass sich da irgendetwas getan hätte oder tun würde. Dass die Räumlichkeiten in den – ausgerechnet ebenfalls geschlossenen – Bürgerämtern in Nieder-Erlenbach und Harheim zu eng seien, war offensichtlich jahrzehntelang kein Problem, um deren Betrieb aufrecht erhalten zu können. Ausgerechnet in der derzeitigen Notlage ist die Schließung jedoch nicht zu rechtfertigen.

Dass ein Teil des Personals der Bürgerämter wegen Krankheit – hoffentlich nicht ungeimpft aufgrund Corona – ausfällt, mag ja unter Umständen an der – unvorhersehbaren? – Jahreszeit liegen. Aber dann müssten eben die Damen und Herren Vorgesetzte einmal vertretungsweise einspringen. Wie bitte? Diese Herrschaften können das nicht? Im Ernst? Deren Aufgabe ist es doch, ihr Personal anzuleiten und zu beraten! Und dann wissen sie nicht, was ihre Untergebenen eigentlich arbeiten? Das darf doch nicht wahr sein!

Wenn die Verantwortlichen also nicht fähig sind, diese unhaltbaren Zustände in der Stadtverwaltung abzustellen und einen reibungslosen Ablauf der Verwaltung in den Bürgerämtern, die doch für die Bürgerschaft da sein sollen, sicherzustellen, dann sollten sie zurücktreten oder entlassen werden.

Jeden Monat das Gehalt einkassieren zu können, ist schließlich noch kein Befähigungsnachweis!

Dass man insbesondere älteren Menschen zumutet, morgens um sieben Uhr den Computer anzuwerfen, um vielleicht (!) in den folgenden sieben Tagen (!) irgendwo in Frankfurt (!) einen Termin bei einem offenen Bürgeramt zu bekommen, ist fast schon eine Frechheit.

Wolfram Siegel, Frankfurt

Früher gab's den Stempel binnen fünf Minuten

Das Problem wird durch eine unnötige Überbürokratie verstärkt. Früher bekam man einen für die schweizerische AHV erforderlichen Stempel auf eine Lebensbescheinigung innerhalb von fünf Minuten, heute muss man für diesen schlichten Verwaltungsakt einen Termin vereinbaren.

Volker Westerborg, Frankfurt

Es hätte Todesopfer geben können

Zu: „Mit 179 Sachen über die Hanauer“, FR-Regional vom 28. Januar

Sind solche Strafen abschreckend genug?

Zwei junge Männer haben sich über mehrere Kilometer auf der Hanauer Landstraße mit sage und schreibe bis zu 179 km/h ein Autorennen geliefert. Andere Autos wurden grob rücksichtslos rechts und links überholt. Radfahrer und Fußgänger verschreckt. Alles ist bestens durch ein Polizeivideo bewiesen. Der Straftatbestand § 315d Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 3 und Abs. 3 sieht hierfür eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe vor.

Frankfurt und andere Städte mussten vielfach, leidvoll und in drastischer Weise erfahren, wie durch solches Gebaren unschuldige Menschen um Leben und Gesundheit gebracht werden. Ist da eine Geldstrafe von nur 6000

Euro bzw. nach Jugendstrafrecht eine reine Verwarnung mit einer Buße von 2000 Euro nicht viel zu mild und wirklich schuldangemessen, auch wenn man berücksichtigt, dass die Führerscheine für begrenzte Zeit entzogen wurden? Wird durch solche Strafen eine abschreckende Wirkung erzielt?

Und: Ist der Hippy-happy-Satire-Stil der Berichterstattung in diesem Fall, den man auch in anderen vergleichbaren Strafsachen pflegt, angebracht?

Hubert Enke, Flörsheim

Gefängnis ohne Bewährung wäre das Mindeste

Es ist lustig zu lesen, wenn Bubenstreichle auch mal Erwachsenen Spaß machen und dann auch noch von einem ‚Journalisten‘ ironisch zu einer lesens-

werten kleinen Geschichte aufgehübscht werden. Keine Rede davon, dass sich da zwei Pkw auf der immer sehr belebten Hanauer Landstraße über zehn Minuten ein lebensgefährliches Rennen geliefert haben. Ein schnelles Manöver eines Kfz, ein Schwenken eines Fahrrads, ein falscher Schritt eines Fußgängers – und es hätte Tod und Verletzung gegeben. Staatsanwalt und Richter, die hierfür Urteile mit zeitweisem Fahrverbot und Geldstrafe fällen, sind für mich in ihrem Beruf fehl am Platz. Andere Gerichte haben ein derartiges Verhalten zumindest als versuchten Totschlag behandelt. Eine Gefängnisstrafe ohne Bewährung wäre daher das Mindeste, was für solche Verkehrsrowdys angemessen wäre.

Hans-Jürgen Gratz, Friedrichsdorf

Kein schlüssiges Konzept

Mainkai: „Sperrung unter Vorbehalt“, FR-Regional vom 4. Februar

Was soll dieser absurde Wechsel zwischen Schließung und Öffnung des Mainkai? Die Straße kann bei solchem Vorgehen weder als Flaniermeile noch als Spielfläche noch als Stadtgarten genutzt werden. Sie wird öde bleiben, da sie im Wechsel immer wieder zur Verkehrsader wird.

Die isolierte Sperrung bringt uns der Idee von einer lebenswerten Innenstadt so lange nicht näher, wie ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Reduzierung des Innenstadtverkehrs fehlt. Bisher verschiebt sie den Verkehr nach Sachsenhausen und auf die Berliner Straße. Wo sind Pläne, den S-Bahn-Takt so zu verändern, dass Pendler:innen auf den ÖPNV umsteigen? Gibt es eine Einsicht, dass ohne ein ausgeweitetes Angebot an P+R-Parkplätzen, die auch bei

Dunkelheit sicher genutzt werden können, das „Umsteigen“ auf den ÖPNV nicht praktikabel erscheint? Wie kann die tägliche Passage Ost-West durch die Stadt (Alleenring) gemindert werden? Wie soll Sachsenhausen in das Konzept eingebunden werden? Das sind nur einige von vielen Fragen, die im Zusammenhang mit einem neuen Verkehrskonzept geklärt werden müssen. In den Artikeln zum Mainkai fehlt dazu bisher jeder Ansatz. Fast könnte man meinen, es gehe um die Verkehrsberuhigung einer Straße, an der eine einflussreiche Persönlichkeit wohnt, die mehr Ruhe wünscht. Ich wohne in Bockenheim, spreche nicht pro domo, wünsche mir aber für die Innenstadt eine belebte, bunte, verkehrsarme Zukunft.
Hildegard Zöllner, Frankfurt

Ohne Regeln droht Wildwuchs

Zu: „Bauaufsicht will Solaranlage nicht dulden“, FR-Regional vom 1. Februar

Ich bin ein großer Befürworter von alternativer Energiegewinnung jeder Art – aber nicht um jeden Preis. Was ich auf keinen Fall möchte, ist eine von „Energiefreaks“ gestaltete Umwelt. Hier ist das beschriebene Beispiel in Roßdorf exemplarisch, das man nur als optische Umweltverschmutzung bezeichnen kann. Um so etwas zu verhindern, haben einige hessische Kommunen mit denkmalgeschützten Innenstädten schon ihre vorschnell getroffenen Entscheidungen zurückgenommen, alle Dächer verpflichtend mit Solaranlagen zu bestücken.

Wenn wir nicht wollen, dass unsere Städte, die ihre Gestalt durch das wilhelminische Zeitalter und den Zweiten Weltkrieg bereits zweimal verloren haben,

ein weiteres Mal zerstört werden, müssen wir dringend zwei Dinge regeln: Zum einen muss es baurechtliche Regeln geben, die festlegen, welche Bedingungen in statischer, technischer und optischer Hinsicht zu erfüllen sind. Zum anderen muss die Industrie den Bauherren passgenaue oder individuell nach Aufmaß gefertigte Module zur Verfügung stellen, um auf bestehenden Dächern technisch und optisch vertretbare Anlagen errichten zu können und dazu auch von der Politik unterstützt werden.

Leider sind mehrere Firmen, die hierfür die passenden Ansätze hatten und sehr ansprechende Lösungen angeboten haben, vom Markt verschwunden. Geblieben sind im Wesentlichen die bekanntesten und überall ver-

bauten rechteckigen Module, die, ob flach auf das Dach gelegt oder hochgeklappt, nirgendwo recht passen. Grundsätzlich nicht an Dachkehlen, Dachflächenfenstern, Dachgauben, Schornsteinen und anderen Dachdurchdringungen. Hier ist noch viel zu tun. Umso wichtiger ist es, dass die Bauaufsicht – wie in diesem Fall – solche Fehlentwicklungen, die in Masse gebaut, unsere Ortschaften wie Abenteuerspielplätze oder Sets für amerikanische Katastrophenfilme aussehen lassen werden, sofort verhindert.

Auch ich hatte als Architekt meine Probleme mit Baubehörden – aber ohne Regeln droht Wildwuchs, und das ist für die Allgemeinheit nicht erträglich.
Bernd Herrmann, Frankfurt